

Eine lebendige

Stadträtin Nargess Eskandari-

Sehen wir der Wirklichkeit ins Auge. Einwanderung kann eine Bereicherung sein, zuallererst ist sie eine Tatsache, mit der wir – ob selbst eingewandert oder nicht – umzugehen haben. [...] Für alle grundsätzlichen Fragen des Miteinanders enthält unser Grundgesetz bereits die entscheidenden Regelungen. Es garantiert die Freiheit und Gleichberechtigung jedes und jeder Einzelnen. Es legt verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens fest. Damit verbunden sind aber auch Ansprüche an jeden von uns. [...] Integrationspolitik hat die Aufgabe, dazu beizutragen, dass wir alle den an uns gestellten Ansprüchen besser gerecht werden können.

Unsere Gesellschaft war immer bunt, auch wenn das nicht alle akzeptieren wollten

Unsere Gesellschaft war immer schon bunt, aber es hat lange gedauert, bis dies allseits akzeptiert wurde. Seit zwanzig Jahren gibt es in Frankfurt das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, dessen Name damals Programm war. Viel haben wir erreicht. Viel hat sich seitdem verändert. Deswegen stellen sich heute neue, andere Aufgaben. Mehr und mehr Menschen organisieren sich, schließen sich zu Interessenverbänden und Selbsthilfegruppen zusammen, um ihre Rechte wahrzunehmen. [...] Diese Selbstorganisation ist gut und kann doch einen Nachteil haben: Sie kann Identitäten auch konstruieren. Die Frage, wer wen vertreten kann und möchte, stellt sich gerade im Bereich der Integrationspolitik immer wieder neu.

Dass sich unterschiedliche Gruppen zunehmend auf die Rechte berufen, die ihnen hierzulande garantiert sind, ist natürlich legitim. Sich im Miteinander oder bei bestimmten Vorhaben auf einen rein rechtlichen Standpunkt zu stellen, ist indessen immer wieder wenig hilfreich, verschärft sogar manches Mal Konflikte. In vielen Fällen haben wir kein Rechtsproblem, sondern ein Akzeptanzproblem. Hier setzt Integrationspolitik an. Toleranz bedeutet wörtlich übersetzt: etwas ertragen, aushalten können – etwa andere Blickwinkel und andere Meinungen. In einer offenen Gesellschaft ist Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden. [...] Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist eine Form, mit Dissens konstruktiv umzugehen. Daher wirkt sie integrierend. Nur eine offene Gesellschaft ist eine wirklich integrierte Gesellschaft. Man kann diesen Satz auch umdrehen: Integration erfordert die Öffnung für Andere und sie erfordert, dass sich jeder daran hält. Es gibt aber nicht nur Mauern in den Köpfen, es gibt auch Strukturen, die Integration erschweren. Auch hier setzt Integrationspolitik an. [...]

Es gibt selten, wie es das Wort „Konzept“ suggerieren könnte, ein Maßnahmenbündel, das wir uns nur auszudenken und das wir

Bürgerschaft

Grünberg über Integration in Frankfurt

anschließend bloß anzuwenden brauchten, damit die Welt wieder oder erstmals „in Ordnung“ ist. In unserer Frankfurter Situation wäre diese Vorstellung nicht nur naiv, sondern auch ein Ausdruck mangelnder Informiertheit. Wir haben bei der Ausarbeitung dieses Entwurfs den Vergleich zu anderen Städten gezogen: Kaum eine Projektidee gibt es nicht auch schon in unserer Stadt. In vielen Fällen hat man sie von uns übernommen. Statt weitere Modellprojekte aufzulegen, die nur wenigen nützen, sollten wir den Nutzen aller erhöhen. Statt unsere Politik weiter in Einzelvorhaben aufzuteilen, sollten wir bestehende gute Initiativen fachlich besser abstimmen und organisatorisch effizienter koordinieren oder uns darum bemühen, erfolgreiche Pilotversuche auszuweiten. Uns nur darauf zu konzentrieren, wäre aber etwas technokratisch. Es geht in diesem Konzeptentwurf zugleich um etwas Grundlegenderes: um unser gemeinsames Verständnis davon, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. [...] Wir sind eine lebendige, facettenreiche und genau deswegen attraktive Stadt und sollten dies in unserer Selbst- und Außen-darstellung noch stärker berücksichtigen. [...]

In diesem Sinne sollten wir uns darauf verständigen, dass das Ziel von Integration nicht Gleichheit heißt, sondern Chancengleichheit zur gleichberechtigten Teilhabe. Integrationspolitik ist daher auch Bildungs- und Sozialpolitik – oder bezogen auf die Stadtverwaltung: Personalpolitik – aber sie erschöpft sich darin nicht. Integrationspolitik ist immer auch Antidiskriminierungspolitik. Bildungspolitik nützt ja nichts, wenn gut ausgebildete Absolventen auf dem Arbeitsmarkt wegen ihres Namens oder ihrer Herkunft benachteiligt werden oder es als Dienstleister schwer haben, Kunden zu erreichen.

Deswegen müssen wir uns darum bemühen, möglichst viele Menschen zu befähigen, an unserer Gesellschaft selbstbestimmt

mitzuwirken. Vielleicht noch weniger als auf anderen Politikfeldern können wir in der Integrationspolitik schlüsselfertige Maßnahmen liefern. Wir sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, Politik und Verwaltung könnten alles lösen. Integrationspolitik braucht aktive Bürgerinnen und Bürger, gerade weil sie genau dazu beitragen möchte, eine lebendige Bürgerschaft zu bilden. Sie stärkt damit zugleich die Grundlagen dessen, was wir kommunale Selbstverwaltung nennen. [...]

Unser Ziel sollte der größtmögliche Konsens sein, aber nicht um jeden Preis. Wie immer, wenn man einen ersten Schritt geht, wird es Leute geben, die meinen, man hätte doch gleich springen können: Integrationspolitik ist ein Politikfeld, das dazu einlädt, eine Idealgemeinschaft zu malen. Wir sollten auf dem Boden bleiben. Unser Ziel sollte es sein, ausgiebig aber auch zügig zu diskutieren, Schritt für Schritt. [...]

Wir müssen die Realitäten in unserer Stadt gemeinsam anerkennen

Für unser nächstes Etappenziel sollten wir uns vernünftige, erreichbare Ziele setzen. Erstens: dass wir uns auf eine gemeinsame Wahrnehmung der Realität unserer Stadt verständigen. Zweitens: dass wir öffentlich gemeinsam die Bereitschaft zeigen, uns systematisch (und öffentlich auf der Grundlage einer breiten Mehrheit) um die Entwicklung von Handlungsansätzen zu bemühen. Drittens: dass wir uns auf einen organisatorischen Rahmen verständigen, der die Entwicklung von Handlungsansätzen verbindlich macht und regelt und dabei Sachstände überprüft, bestehende Ansätze systematisiert, Prioritäten auslotet und Ziele festlegt. Viertens: dass wir uns überlegen, in welcher Reihenfolge wir in den nächsten Jahren vorgehen möchten, da wir kaum alles gleichzeitig angehen können.

Machen wir uns in den kommenden Monaten dabei auch klar: Es gibt viele Ansätze, aber keine Patentrezepte. Aus anderen Städten kennen wir viele Vorschläge, die immer wieder die Bedeutung von noch mehr Information und noch mehr Netzwerkarbeit betonen. Beides ist wichtig. Was dieser Entwurf jedoch erreichen möchte, ist eine neue Qualität von Information und Vernetzung.

Vernetzung heißt für uns nicht „reden wir mal drüber“, sondern: mehr Verbindlichkeit, bessere Zusammenarbeit. Denn es ist leicht, Anregungen zu formulieren wie die, bestehende Institutionen zu weitergehenden Kompetenzzentren auszubauen oder neue Strukturen einzurichten. Es ist schwer, solche Anregungen umzusetzen. Organisationen aufzubauen oder umzubauen erfordert einen langen Atem und geeignetes Personal, häufig auch eine Abstimmung verschiedener Fachinstitutionen miteinander.

ZUR PERSON



SCHICK

Nargess Eskandari-Grünberg ist seit Juni 2008 Integrationsdezernentin der Stadt Frankfurt. In dem Amt folgte sie dem verstorbenen Stadtrat

Jean Claude Diallo nach. Eskandari-Grünberg gehört den Grünen an.

Ihr neues Konzept bedeutet den Abschied von der Idee der multikulturellen Gesellschaft. Eskandari-Grünberg will Integration fördern, aber Vielfalt anerkennen. Spezielle Programme für Migranten soll es nicht mehr geben.

Im Stadtgespräch der Frankfurter Rundschau wird sie sich am Mittwoch, 7. Oktober, den Fragen der FR-Redakteure und der Bürger stellen. Beginn ist um 19 Uhr im Depot Sachsenhausen, Karl-Gerold-Platz 1. geo